

Selbst mit wenig Blüten im April

Die Union sucht eine Strategie, ihr Führungsvakuum zu füllen – und das auch noch unter Corona-Bedingungen | Von Ursula Münch

Die Pandemie beeinflusst offensichtlich sowohl die Inhalte als auch die Abläufe von Wahlen. Das gilt zunächst für die US-Präsidentenwahl: Ohne Covid-19 und sein unzulängliches Krisenmanagement wäre Donald Trump der Wahlerfolg wohl so gut wie sicher gewesen. Kein Wunder, dass der amtierende Präsident mit höchst fragwürdigen Mitteln vom Thema ablenken will.

Aber natürlich wirkt sich die Pandemie auch auf die Wahl des CDU-Parteivorsitzenden und damit indirekt auf die Nominierung des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien aus. Dabei bleibt offen, ob Markus Söders vielzitiertes Kanzlerkandidatenkriterium „nur wer Krisen meistert, wer die Pflicht kann, der kann auch bei der Kür glänzen“, für die anstehenden Entscheidungen tatsächlich noch relevant ist. Abgesehen davon, dass es ihm bei der Formulierung Anfang Juli vor allem darum gegangen sein dürfte, die Pandemiestrategie des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten ab- und die eigene aufzuwerten, gehen inzwischen die Einschätzungen der Öffentlichkeit darüber, unter welchen Voraussetzungen die Pandemie als „gemeistert“ betrachtet werden soll, deutlich weiter auseinander als im Sommer. Je nachdem, ob Erfolge bei der Eindämmung der Gesundheits- und wirtschaftspolitischen Folgen von Corona am Verlauf des Infektionsgeschehens, an ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung oder an der Schlagzahl verordneter Maßnahmen gemessen werden, würde das Urteil über die Kanzlerfähigkeit von Unionspolitikern auf Landes- und Bundesebene recht unterschiedlich ausfallen.

Erschwerend kommt hinzu, dass zwei der fünf gehandelten potentiellen Kanzlerkandidaten (Armin Laschet, Friedrich Merz, Norbert Röttgen, Markus Söder,



Idyll von gestern: 2002 überließ Angela Merkel beim berühmten Wolfratshausener Frühstück Edmund Stoiber in dessen Heimatort die Kanzlerkandidatur. Lädt 2020 einer der Kandidaten um den Parteivorsitz der CDU Markus Söder bald zum Zoom-Meeting ein?

Jens Spahn) überhaupt nicht die Chance haben, ihre entsprechenden Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Die 75-jährige Geschichte der CDU liefert hingegen geeignete Anhaltspunkte, an denen sich die Delegierten beim Parteitag orientieren könnten. Erfolgreiche CDU-Vorsitzende waren entweder von Anfang an (Konrad Adenauer) oder nach einer überschaubaren, etwa durch erfolgreiche Landtagswahlen überbrückten Zeit (Angela Merkel und Helmut Kohl)

auch erfolgreiche Bundeskanzler. Und da die CDU nie eine ideologisch ausgerichtete Programmpartei war, sondern sich seit ihren Anfängen insgesamt als pragmatisch orientierte Sammlungsbewegung präsentiert hat, hängen Ansehen und Erfolg von Parteivorsitzenden zudem davon ab, ob es ihm oder ihr gelingt, rivalisierende Kräfte innerhalb der Partei nicht bloß zu disziplinieren, sondern auch zu integrieren und damit zum Vorteil der gesamten Partei zu mobilisieren.

Selbstbewusste Landesverbände, eine gestaltungswillige Bundestagsfraktion sowie einflussreiche Parteivereinigungen – etwa die Mittelstands- und Wirtschaftsunion, die Junge Union, aber auch die Frauen Union – wollen nicht nur die Mandate ihrer Mitglieder wahren, sondern zusätzlich mit Aufmerksamkeit der Parteiführung sowie Ämtern bedacht werden. Selbst im Verhältnis zur CSU kommt man mit Durchsetzungsfähigkeit allein nicht weit: Konflikte zwischen den beiden Schwesterparteien entzündeten sich in der Vergangenheit meist am Argwohn der CSU, der CDU seien im Konfliktfall Anliegen des jeweiligen Koalitionspartners wichtiger als bayerische Befindlichkeiten. Das spielte nicht nur bei der Flüchtlingspolitik vor fünf Jahren eine gewichtige Rolle, sondern hatte schon Franz Josef Strauß in der von Kohl geführten Koalition mit der FDP erzürnt.

Zur grundsätzlichen Frage, ob die 1001 Delegierten bei ihrer Entscheidung derlei Erfahrungswerte tatsächlich berücksichtigen oder sich lediglich von der Einschätzung leiten lassen, welcher Kandidat wohl das Zeug hat, Wahlerfolge in Zeiten der Verunsicherung zu erringen, tritt die Debatte, wann und in welcher Form sich die Kandidaten dem Parteitag überhaupt werden präsentieren können. Es muss offenbleiben, ob der CSU-Vorsitzende und sein Generalsekretär vom Abhalten eines Präsenzpartei-

tags Anfang Dezember tatsächlich wegen des Infektionsschutzes sowie der Glaubwürdigkeit von Politikern (die zuletzt bei der Nicht-Quarantäne des Bundeskabinetts nach der Infizierung von Gesundheitsminister Spahn eine bemerkenswert kleine Rolle gespielt hat) abgeraten haben oder womöglich nur deshalb, weil Söder aus eigennützigen Motiven eine spätere Entscheidung über den Vorsitz und vor allem die Kanzlerkandidatur anstrebt.

Fest steht inzwischen dagegen, dass sich die CDU demnächst konkret Gedanken über Alternativen zur coronabedingt unsicheren Verschiebung ihres Parteitags machen muss, aber auch kann: Die jüngste Änderung des Bundeswahlgesetzes erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen erstmals in der bundesdeutschen Geschichte (und befristet bis zum Jahresende 2021) eine rein digitale oder auch eine „hybride“ Alternative: Möglich wäre es demzufolge, im Anschluss an einen (teilweise) mittels elektronischer Kommunikationsmittel durchgeführten Parteitag die Delegierten durch Briefwahl oder dezentrale Urnenwahl über den Vorsitz abstimmen zu lassen.

Ein derartiges Online-Format wird die Rahmenbedingungen für die Kandidaten dramatisch verändern. Dass ausgerechnet die Partei, deren Führung auf die Rezo-Provokation im Mai 2019 mit einem PDF-Dokument reagierte, ihren neuen Vorsitzenden nun unter dem Eindruck dessen Begeisterungsfähigkeit im parteieigenen Intranet wählen wird, könnte amüsieren – wären die Zeiten zum Lachen. Ernsteren Vorsitzenden fällt dagegen ein, dass es bei der Entscheidung über die Eignung eines Kandidaten für den Parteivorsitz bereits in den 1970er-Jahren immer auch um die Einschätzung ging, ob es diesem gelingen könnte, die Partei in Auftreten und Organisation zu modernisieren.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Wa(h)re Größe

Wäre die Welt wie früher, hätte die amerikanische Regierung Google wahrscheinlich längst zerschlagen. Bei traditionellen Industrie-Giganten hat sie das mehrfach getan – zuletzt aufsehenerregend 1982, als sie den Telefonkonzern AT&T in sieben Einheiten zerlegte. Auch Microsoft geriet mit seinen Produkten häufig ins Visier der Wettbewerbsbehörden. Und tut es noch. Marktwirtschaft verträgt nun mal keine Monopole, weil diese die Konkurrenz ausschalten, um den Markt-Preis-Mechanismus zum eigenen Vorteil außer Kraft zu setzen.

Diese Woche haben die amerikanischen Behörden Google ins Visier genommen und verklagt. Für die Technologie-Konzerne des Silicon Valley könnte das eine Zäsur bedeuten. Allerdings ist deren Welt nicht die von früher und Google, das heute Alphabet heißt, ein Konglomerat der digitalen Wirtschaft. Inzwischen weiß man, dass in der Netz-Ökonomie Monopole anders, schneller und natürlicher entstehen als in der Wirtschaftswelt von gestern. Die Fixkosten der digitalen Infrastruktur sind hoch, die Kosten jeder zusätzlich nachgefragten Produkteinheit laufen indes gegen null. Genau das befördert die Monopolbildung. Die Konsumenten heißen Nutzer und stellen den Netz-Unternehmen auch noch ihre Daten zur Verfügung. Je größer der Marktanteil des Anbieters, desto besser ist dies auch für dessen Nutzer. Gerade diese Interessenskongruenz befördert die rasche Entstehung überbordender Marktmacht, weil beide Marktseiten Gewinn aus Größe ziehen.

Wie Regierungen mit dieser Art von Monopolen umgehen können, weiß derzeit noch niemand. Mit dem Werkzeugkasten der alten Wirtschaftswelt ist deren Expansionsdrang nicht zu bremsen, weil das Preisargument nicht funktioniert. Doch ist nicht nur die überragende Marktmacht der vier Internet-Konzerne Google, Amazon, Facebook und Apple höchst umstritten. Auch ihre gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten bereiten Sorge. Ob sie diese mit unlauteeren Mitteln aufgebaut und seither verteidigt haben, muss natürlich erst bewiesen werden. Amerika könnte als Erstes an Google ein Exempel statuieren.

Eines allerdings sollte man nicht vergessen: Ein solches Monopol entsteht zunächst nicht auf der Basis unlauterer Geschäftspraktiken, sondern aufgrund seines innovativen Angebots. Die Google-Suchmaschine bietet Ergebnisse faszinierender Qualität. Keinem anderen Anbieter ist es bisher gelungen, einen besseren Suchalgorithmus zu programmieren. Wahrscheinlich wird kein Leser des Hauptstadtbriefes Google nicht verwenden. Ganz zu unrecht ist das Unternehmen also nicht da, wo es jetzt steht.

Jeder schützt für sich allein

Mit Physik und Psychologie gegen die Pandemie – Dirk Brockmann weist den Weg aus dem Corona-Desaster | Von Frank Hofmann

Jetzt soll es also der strafende Staat richten: Der deutsche Innenminister brüstet sich damit, dass er auf Geheiß seines Berliner Kollegen Einsatzhundertschaften der Bundespolizei auf die Straßen der Hauptstadt schickt, um die Corona-Regeln durchzusetzen. Das ist vielleicht das bislang dumpfste Ablenkungsmanöver vom eigenen Versagen in der Pandemie: Ablenken davon wie sehr die Politik seit dem vergangenen Sommer ihr wichtigstes Pfund verspielt hat – das Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. „Insgesamt haben 37 Prozent eher geringes Vertrauen in die Bundesregierung“, lautet das vernichtende Urteil Mitte Oktober im zweiwöchentlich erscheinenden Covid-19 Bericht der Forschungsgruppe Cosmo unter Leitung der Erfurter Psychologie-Professorin Cornelia Betsch (Covid-19 Snapshot Monitoring, Welle 23). „Das Vertrauen hat den niedrigsten Wert seit Beginn der Erfassung erzielt.“ Dieses Drittel der Gesellschaft speist sich mitnichten aus der tatsächlich winzigen Gruppe der Coronaleugner, die noch vor wenigen Wochen das Berliner Regierungsviertel mit ihren abstrusen Kommentaren beschallt haben und für diesen Unsinn reichlich Sendezeit auch in den öffentlich-rechtlichen Medien des Landes bekommen hat.

Doch wie konnte es soweit kommen in einem Land, das im europäischen Vergleich bislang gut durch die Pandemie gekommen

ist? Ganz offensichtlich haben die Menschen ein sehr feines Gespür dafür, wenn ihnen Politiker inkohärente Entscheidungen vor die Nase setzen, ganz offensichtlich Angst zeigen vor dem Geschrei, dem Lauten der Zorn der Wenigen in diesem Sommer auf der Straße des 17. Juni in Berlin. Oder – noch schlimmer – versuchen sie paternalistisch zu erziehen.

Ein Grund für diese Fehleinschätzung lässt sich schnell finden: Vor allem die Mediziner in Deutschland verstehen anders als in den USA oder auch in Nachbarländern wie den Niederlanden schlicht die Mathematik hinter der Pandemie-Entwicklung nicht. Das Medizinstudium hierzulande ist doch recht schmalspurig – während anderswo viel interdisziplinärer gelernt wird, das schließt Kenntnisse der Physik mit ein.

Physiker haben bereits Mitte der 2000er Jahre in vielen Untersuchungen gezeigt, dass sich, wenn ein Virus überall ist, die Pandemie dynamisch entfaltet. Und dann taugen die Modelle nicht mehr, die von einem Ausbruchsherd ausgehen, von dem aus sich das Virus verbreitert – so der Physiker Dirk Brockmann von der Berliner Humboldt-Universität. Er muss es wissen: Brockmann und sein Forschungsteam hat das Modell entwickelt, das die weltweite Verbreitung des Virus aus dem chinesischen Ausbruchsherd in Wuhan ziemlich genau berechnet hat mithilfe der Daten des internationalen Luftverkehrs.

Damals wäre es gut gewesen, hätte die Bundesregierung umgehend ein Landeverbot für Flüge aus China ausgesprochen. Doch davor schreckte das Kabinett – Ironie dieser Geschichte: wohl auch aus Angst vor dem Protest der größten deutschen Fluggesellschaft, die jetzt mit Steuergeldern am Leben erhalten wird. „Wir sehen die Pandemie viel zu sehr als epidemiologisch-medizinisches Ereignis“, sagt Brockmann, der auch die Projektgruppe für Epidemiologie am Robert Koch-Institut leitet. Da gehe es dann um Krankenhausbetten, um Intensiv-Kapazitäten, die Belastung des „Systems“ Krankenhaus. „Aber die Dynamik dieser Pandemie ist zu 99,9 Prozent von unserem Verhalten abhängig – und das muss man verstehen.“

Monatlang hat das Land der Dichter und Denker jetzt Medizinern und Politikern zugehört, letztere zu einem hohen Anteil Absolventen eines juristischen Studiums. Doch beide Akademiker-Gruppen

scheinen in ihrer Schmalspurigkeit überfordert zu sein gegenüber einem „hochdynamischen Phänomen“. Für Brockmann kommt es schlicht auf das Verhalten jedes einzelnen an: „Wir können das sofort ausrotten, ohne Mühe – es muss nur jeder mitmachen.“ Ganz einfach: Indem die Corona-Regeln eingehalten werden, Kontakte eingeschränkt werden, Maske getragen wird. Das Virus braucht den Wirt, wenn sich der Wirt verweigert, stirbt es aus. Es geht um das „Empfinden wie wir Kontakte wieder aufnehmen, wie wir uns in Gruppen verhalten, wie wir uns am Esstisch verhalten, laut reden, ob wir nun jetzt vielleicht doch die Leute in den Arm nehmen oder nicht.“ Es geht also um unser individuelles Verhalten und damit vor allem die Psychologie des Menschen. Und um das der Pandemie anzupassen, „haben wir mittlerweile sehr viel gelernt“, sagt Brockmann.

„In einer Studie nach der anderen stellen wir fest, dass sich Covid-19 fast ausschließlich in schlecht belüfteten Innenräumen ausbreitet, in denen sich im Laufe der Zeit viele Menschen versammeln – Hochzeiten, Kirchen, Chöre, Turnhallen, Beerdigungen, Restaurants und so weiter, insbesondere wenn laut gesprochen oder gesungen wird, ohne Masken“, fasst Zeynep Tufekci in der US-Zeitschrift *The Atlantic* Ende September den Stand der Forschung zusammen. „Das Virus tendiert dazu, sich in Clustern auszubreiten.“



FRANK HOFMANN

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.



PROF. DR. URSULA MÜNCH

ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und lehrt an der Universität der Bundeswehr München.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter